

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### RAF bekennt Anschlag auf Airbase

Ein Brief, der von der «Roten Armee-Fraktion» (RAF) und der «Action Directe» unterzeichnet ist, ging am Freitag zum Anschlag auf den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt beim Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Frankfurt ein. Ein «Kommando George Jackson» hat sich darin als für den Anschlag auf die Airbase verantwortlich bezeichnet, die als «Drehzscheibe für Kriege in der Dritten Welt» und «Geheimdienst-Nest» diene.

### Gemayel zu politischen Reformen bereit

Der libanesische Präsident Amin Gemayel ist zu einem Dialog über die Einführung politischer Reformen bereit. Auch wolle er die Initiative der verfeindeten Parteien zur Beendigung der Streitigkeiten in Libanon unterstützen.

### USA: Bewaffnete «Luft-Marshals»

Die amerikanische Regierung hat auf mehreren Strecken in den USA und einigen Flügen nach Übersee den Einsatz von bewaffneten «Luft-Marshals» in Zivil angeordnet. Sie sollen die Flugzeuge vor Entführung durch Terroristen schützen. Es gab keine Angaben, auf welchen Strecken die neuen Flugbegleiter mitfliegen.

## Auftakt zur Fussball-Saison

### Unsere Teams im Schweizer Cup

Auftakt zur regionalen Fussball-Saison an diesem Wochenende! Wohl stehen noch keine Meisterschaftspartien auf dem Programm (Start am 18. August), doch sämtliche I. Mannschaften unseres Landes sind heute und morgen im Schweizer Cup engagiert. In der 1. Hauptrunde werden folgende Spiele ausgetragen:

- FC Balzers – FC Altstätten
- USV Eschen/Mauren – Frauenfeld
- FC Biasca – FC Vaduz
- FC Schaan – FC Kreuzlingen

In der 1. Vorrunde des Schweizer Cups 1986/87 lauten die Paarungen dieses Wochenendes:

- Trübbach gegen Triesen, Ruggell gegen Sargans, Sevelen gegen Triesenberg. (Vorschau siehe Sportteil.)

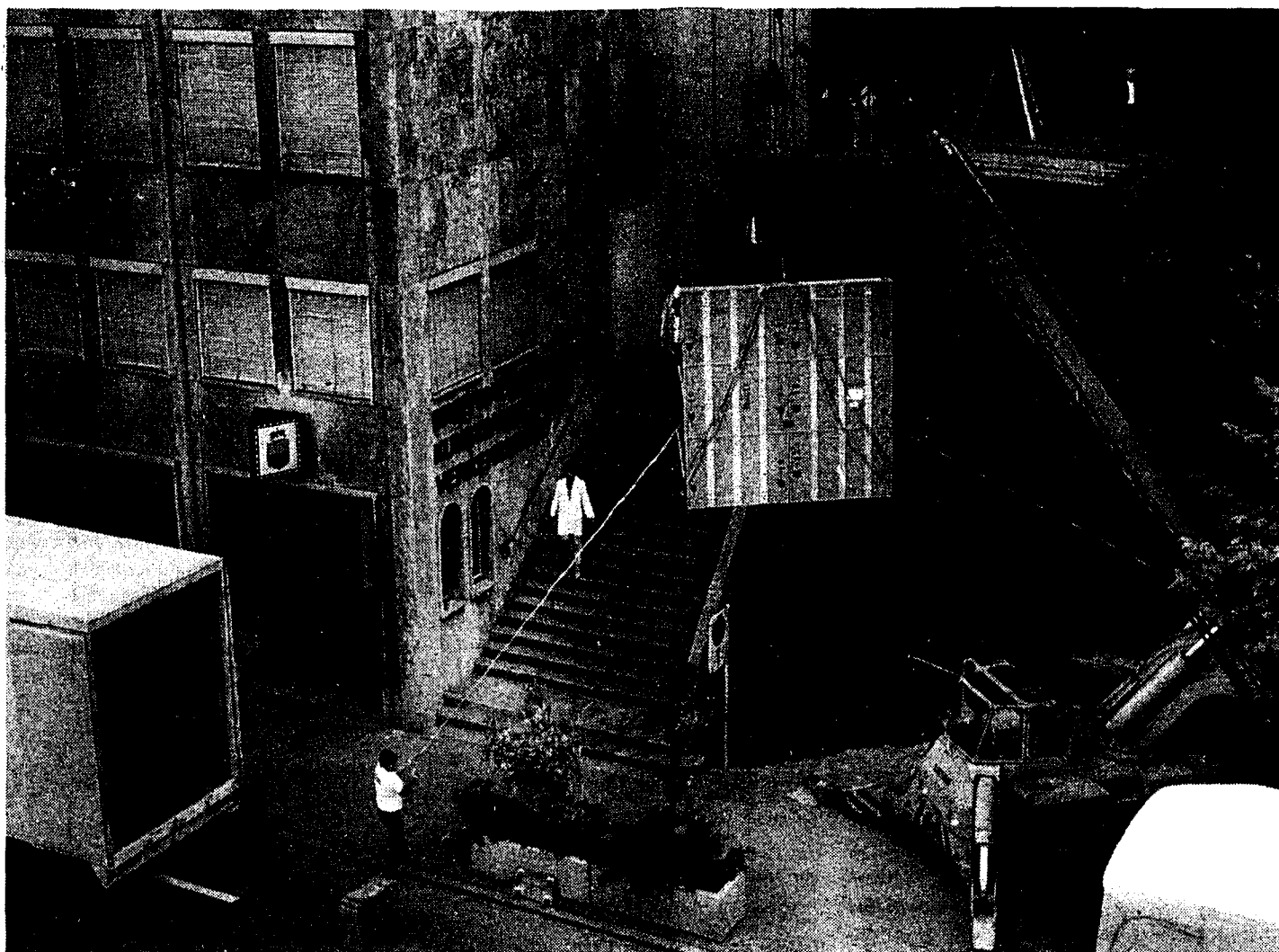
## Milzbrand

### Sperrmassnahmen aufgehoben

Wie das Veterinäramt mitteilt, wurden die im Anschluss an einen Milzbrandfall bei einem Zuchtstier auf der Alpe Pradamee verfügten Tilgungs-Massnahmen mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben; so auch das Verbot der Abgabe von Rohmilch und Butter an Ferienaufenthalter im Malbun betreffend.

Die Aufhebung der Sperrmassnahmen wurde möglich, da keine weiteren Tiere an Milzbrand erkrankten. Das isolierte, d.h. nicht seuchenhafte Auftreten des Milzbrandes ist zwar die Regel, Ausnahmen sind jedoch möglich, wie uns das derzeit gehäufte Auftreten von Milzbrand in der «Bündner Herrschaft» vor Augen führt.

Trotzdem ist das Veterinäramt zuversichtlich, dass unser Milzbrandfall auf Pradamee keine weiteren Erkrankungen dieser Art nach sich zieht und dass unsere Feriengäste zumindest in bezug auf Milzbrand ihre Ferien im Malbun ungestört geniessen können.



Mit einem grossen Pneukran wurden die Rubens-Gemälde gestern Freitag vormittag von der Gemälde-Galerie in einen Lastwagen zum Abtransport befördert. Die Bilder sind für die Sonderausstellung im Metropolitan Museum of Art in New York bestimmt, die im Oktober eröffnet wird. (Bild: Eddy Risch)

## Abtransport der Rubens-Gemälde aus Vaduz

Bis anfangs der nächsten Woche sind die letzten Bilder aus der Galerie verschwunden

Rund eine Woche Arbeit für Spezialisten von Kunst-Transporten beanspruchte das Abmontieren, Einpacken und Transportieren der Gemälde aus dem Rubens-Saal in Vaduz. Gestern vormittag wurden einige der grossformatigen Bilder des Zyklus Decius Mus in Kisten verpackt auf Lastwagen verladen und auf den Flughafen Frankfurt transportiert. Am Montag sollen die ganz grossen Gemälde aus der Galerie herausgeschafft werden.

Im Rubens-Saal erinnert derzeit nichts mehr an die weltberühmten Exponate von Peter Paul Rubens, die in den letzten Jahren Tausende von Kunstfreunden aus aller Welt bestaunt haben. Gestern Freitag morgen präsentierte sich nach dem Abbau der Gemälde und der Stellwände wie eine Werkstatt: Der Boden war übersät mit Holzstückchen, Sägemehl und Verpackungsmaterial, überall standen die Transportkisten, welche die kostbare Fracht aufnehmen und während des Transportes bei gleichbleibender Temperatur halten.

### Fast alles schon in New York

Nach Angaben von Dr. Reinhold Baumstark, dem Direktor der Fürstlichen Sammlungen, ist der überwiegende Teil der Exponate bereits nach New York verfrachtet worden. Etwa 90 Prozent, so Dr. Baumstark, der Ausstellungsstücke be-

finden sich bereits im Metropolitan Museum of Art – teilweise schon aufgerichtet in den eigens dafür hergerichteten Sälen, teilweise noch im Depot.

### Präzisionsarbeit notwendig

Für das Verladen der grossformatigen Kisten in die bereitstehenden Lastwagen war Präzisionsarbeit erforderlich. Beim Hintereingang war oberhalb der hohen Stiege eine Plattform eingerichtet worden, um die Kisten herauschieben zu können. Dann fasste ein Pneukran die kostbare Fracht und stellte sie nach einem Schwenk zentimetergenau auf die Hebebühne des Transporters. Die Gemälde waren in der letzten Woche von ihren Rahmen befreit worden und wurden lediglich als Leinwände transportiert. Die schweren, kunstvoll verzierten Holzrahmen wurden separat verpackt und

ebenfalls in Spezialkisten für den Transport bereitgemacht. Besondere Sorgfalt benötigten neben den Gemälden auch die Verzierungen an den Kopfleisten der Rahmen. Auch sie mussten gesondert verpackt und verschickt werden.

### Neue Ausstellung in Vorbereitung

Die Liechtenstein-Ausstellung im Metropolitan Museum of Art in New York beginnt mit einigen Eröffnungsveranstaltungen am 1. Oktober 1985. Für die Öffentlichkeit wird die Sonderausstellung, die bis zum Frühjahr 1986 dauert, ab Ende Oktober zu besichtigen sein. Nach Schätzungen der Museumsleitung in New York werden einige Millionen Besucher erwartet.

Im Rubens-Saal werden nach Angaben des Konservators der Staatlichen Kunstsammlungen, Dr. Georg Malin, sofort die Vorarbeiten für die Ausstellung des Nachlasses von Prof. Ferdinand Nigg aufgenommen. Diese Ausstellung soll anfangs September bereits eröffnet werden. Gleichzeitig werden Abklärungen in Auftrag gegeben, ob sich der Engländerbau weiterhin als Ausstellungsobjekt eignet oder ob bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen. Offenbar befindet sich das Gebäude für den jetzigen Gebrauch in einem schlechten baulichen Zustand. (G. M.)

## Beflaggung der Häuser am 15. August

Aus Anlass des Staatsfeiertages am 15. August ist die ganze Bevölkerung aufgerufen, als Zeichen der Verbundenheit von Volk und Fürstenthaus die Häuser zu beflaggen.

## Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» angemeldet

Bei der Regierung ist eine Volksinitiative für die Gleichberechtigung angemeldet worden

Wenn in den nächsten Wochen mindestens 1500 Unterschriften für ein Initiativbegehren zustandekommen, dann werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit grosser Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahr zur Urne gebeten. Bei der Regierung ist am Mittwoch eine Volksinitiative für gleiche Rechte für Mann und Frau angemeldet worden. Die Initianten des Begehrens fordern einen Verfassungszusatz, in dem die Gleichheit von Mann und Frau verankert wird.

Die geltende Verfassung von 1921 hält im Artikel 21 fest, dass «alle Landesangehörigen vor dem Gesetze gleich» seien. Mit der am Mittwoch angemeldeten Ver-

fassunginitiative möchten die Initianten des Begehrens – eine Gruppe, die vornehmlich aus Frauen besteht – weitere Abschnitte zu diesem Artikel hinzufügen, deren Kernsatz lautet: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Sie sind insbesondere im Bereich der Familie, Ausbildung und Arbeit gleichgestellt. Sie haben Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.»

Ausserdem beantragen die Initianten die Aufnahme von Fristen für die Durchsetzung der geforderten völligen Gleichstellung von Mann und Frau. Nach ihrem Vorschlag soll für die Anpassungsgesetze im Bereich des Privatrechts (z.B. Ehe-

und Familienrecht, Erb- und Sachenrecht) eine Frist von höchstens vier Jahren vorgeschrieben werden. Für den Bereich des öffentlichen Rechts (z.B. Strafrecht, Prozessrecht, Verwaltungsrecht) wird eine Anpassungsfrist von acht Jahren vorgeschlagen.

Das am Mittwoch angemeldete Initiativbegehren wird von der Regierung voraussichtlich in der Regierungssitzung der nächsten Woche in Behandlung gezogen. Sobald die Anmeldung des Begehrens öffentlich publiziert ist, kann mit der Unterschriftensammlung begonnen werden. Für eine Verfassunginitiative sind 1500 Unterschriften notwendig.

## KOMMENTAR

Frauen fordern nicht nur ihre Rechte, sondern gleiche Rechte wie die Männer. Das bei der Regierung angemeldete Initiativbegehren für einen Verfassungszusatz fordert die Festschreibung des Gleichheitsgrundsatzes für die Bereiche Familie, Ausbildung und Arbeit. Der Gleichheitsgrundsatz, der mit dem Satz «alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetze gleich» umschrieben wird, reichte nach Ansicht der vornehmlich weiblichen Vertreterinnen des Initiativkomitees für die Durchsetzung der Gleichberechtigung auf allen Ebenen nicht aus. Wie eine Vertreterin in einem VOLKSBLATT-Interview formulierte, habe der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung nicht einmal vor dem Staatsgerichtshof für die Zuerkennung der politischen Gleichberechtigung, für Zuerkennung des Frauenstimmrechts, ausgereicht. Deshalb müssten jene Bereiche, in denen die Frauen benachteiligt seien und eine Gleichstellung forderten, in der Verfassung genau festgeschrieben werden.

Darüber gibt es verschiedene Auffassungen. Eine davon ist, dass der Verfas-

### Frauen fordern ihr Recht

sungsgrundsatz ausreiche, sofern die gesetzlichen Bestimmungen angepasst würden. Doch damit liegt offenbar noch manches im argen. In einem Bericht an den Landtag hat die Regierung vor kurzem aufgezeigt, in welchen und in wieviel Bereichen unserer Gesetzgebung die Frauen den Männern noch nicht gleichgestellt sind. Die Liste ist lang, viel zu lang.

Dass nun eine Gruppe von Frauen die Initiative ergriffen hat, um der Gleichberechtigung auf Gesetzesebene zum Durchbruch zu verhelfen, ist nicht weiter verwunderlich. Die Gruppe hat auch den Zeitpunkt ihres Vorstosses so gewählt, dass noch vor den Wahlen voraussichtlich eine Abstimmung stattfinden wird. Der damit auf die politischen Parteien erzeugte Druck wirkt sich nicht mit Sicherheit auch auf die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus, da der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht überall die gleiche Bedeutung beigemessen wird. Aber eine Signalwirkung wird davon zweifellos ausgehen, egal wie die Abstimmung schliesslich ausfällt. (G. M.)

## Jahrestag des deutsch-sowjetischen Vertrages

### Genscher verweist auf Ziel der Einheit Deutschlands

Bonn (AP) Zum Jahrestag des deutsch-sowjetischen Vertrages, der am 12. August vor 15 Jahren unterzeichnet wurde, hat Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher am Freitag unterstrichen, dass die Bundesrepublik sich auf der Grundlage dieses Vertrages und im Einklang mit ihren Partnern in der EG und in der NATO weiter bemühen werde, ihren Beitrag zum Abbau der Spannungen zwischen West und Ost zu leisten. Bundesrepublik und Sowjetunion könnten wie ihre Nachbarn nur gewinnen, wenn sie von der Grundlage des Vertrages ausgingen und für die Gestaltung ihrer Beziehungen immer stärker den Weg der Zusammenarbeit und Vertrauensbildung suchten.

Genscher ist der dritte Politiker, der nach Egon Bahr (SPD) und Volker Rühle (CDU) den Vertrag von 1970 würdigt. Genscher unterstrich, dass Gewaltverzicht, Bekräftigung der Unverletzlichkeit der Grenzen und Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Entspannung zu erreichen, tragende Elemente seien. Damals wie heute gelte auch unverändert, was der damalige Ausserminister Walter Scheel zum Ausdruck gebracht habe, dass nämlich der Vertrag nicht mit dem politischen Ziel der Bundesrepublik in Widerspruch stehe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlange.